

Aktuelles aus der psychosozialen Fach- und Berufspolitik der DGVT und des DGVT-BV

Ausgabe 8/2019 – 6. Dezember 2019



Inhalt

- » Aus der DGVT
- » Berichte aus den Landesgruppen
- » Fach- und berufspolitische Informationen
- » Forschung
- » Kleine Anfragen der Fraktionen im Bundestag
- » Kinder und Jugendliche
- » Informationen zur Versorgung von Geflüchteten
- » Angestellte
- » Niedergelassene
- » Kostenerstattung
- » Regionales
- » Termine – DGVT-Fortbildung
- » Termine – DGVT-BV-Fortbildung
- » Termine – Tagungen
- » Interaktive Fortbildung
- » Termine der Landesgruppen

Liebe Mitglieder,

passend zum Nikolaustag gibt es den jahresabschließenden Newsletter mit vielen Informationen aus der DGVT zu aktuellen sozial-, gesundheits- und berufspolitischen Themen. Denn auch zum Jahresende halten uns die vielzähligen Aktivitäten im psychosozialen Feld auf Trapp, wie beispielsweise die Debatte um eine bedarfsgerechte Personalausstattung in Psychiatrie und Psychosomatik, um nur die aktuellste von vielen zu nennen. Die DGVT fordert mehr Personal für psychische Gesundheit und unterstützt die Bundestagspetition des Bundesverbandes der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen e. V. (BAPK).

Mittlerweile hat der Bundesrat dem Ausbildungsreformgesetz zugestimmt, das somit am 1. September 2020 in Kraft treten wird und es wurde der Referentenentwurf der Approbationsordnung vom Bundesministerium für Gesundheit vorgelegt. Die DGVT konnte ihre Stellungnahme im November bei einer Anhörung im BMG darstellen und sich positionieren.

Auch Themen der Digitalisierung spielen im Arbeitsalltag der Psychotherapeut*innen eine immer größer werdende Rolle. Nicht nur im Zusammenhang mit den Problemlagen von Patient*innen, sondern auch in Fragen der Organisation und Ausstattung in der therapeutischen Berufsausübung, wie sich beispielsweise in der Telematik, der neu eingeführten Video-Sprechstunde und den Diskussionen über die geplante Einführung der elektronischen Patientenakte zeigt. News und weiterführende Links hierzu finden sie in diesem Newsletter.

Über unsere Plattform Kassenwatch sind derzeit knapp 400 Teilnehmer*innen im Austausch zum Thema Kostenerstattung und zu der Vorgehensweise von Kassen in diesem Kontext. Es konnte über gemeldete Fälle eine aufsichtsrechtliche Überprüfung gegenüber der IKK classic erwirkt werden, die nur einen reduzierten Satz nach der GOP für Behandlungen im Rahmen der Kostenerstattung zahlt – ein schöner erster Erfolg von Kassenwatch.

Wir wünschen eine schöne und besinnliche Weihnachtszeit und eine guten Rutsch ins neue Jahr!

Mit den besten Grüßen,

Waltraud Deubert, Kerstin Burgdorf, Aline Schneider und das Team aus der Bundesgeschäftsstelle

Aus der DGVT

- **Stellungnahme der DGVT zum Referentenentwurf des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) für eine Approbationsordnung**

Das Bundesministerium für Gesundheit legte am 17. Oktober 2019 den Entwurf einer Approbationsordnung für Psychotherapeut*innen vor. Die Approbationsordnung regelt die verbindlichen Inhalte und Strukturvorgaben, die für ein zukünftiges Psychotherapiestudium vorgeschrieben werden sollen, um damit eine Approbation als Psychotherapeut*in erwerben zu können. Bis zum 13. November 2019 sind die psychotherapeutischen Fach- und Berufsverbände um eine Stellungnahme gebeten worden. Am 19. November 2019 haben die Verbände ihre Stellungnahmen bei einer Verbändeanhörung im BMG vorgestellt. Die DGVT wurde von Günter Ruggaber vertreten. Mit einer endgültigen Verabschiedung der Approbationsordnung im Bundesrat wird Mitte Februar 2020 gerechnet.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Die DGVT ruft zur Unterstützung der Petition "Mehr Personal für psychische Gesundheit" auf. Jetzt können Sie unterzeichnen!**

Liebe Mitglieder, die DGVT hat auf ihrem Jahrestreffen am 30. November 2019 in Berlin beschlossen, die Bundestagspetition des Bundesverbandes der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen e. V. (BApK) für mehr Personal in psychiatrischen, kinder- und jugendpsychiatrischen und psychosomatischen Kliniken zu unterstützen. Die Petition kann jetzt bis zum 24. Dezember 2019 unterzeichnet werden.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Stellungnahme der DGVT: Referentenentwurf zum Verbot von Konversionstherapien bleibt hinter den Erwartungen zurück**

Die DGVT und der DGVT-Berufsverband verurteilen Konversionstherapien für homosexuelle und transsexuelle Menschen aufs Schärfste und fordern ein generelles Verbot solcher Pseudo-Therapieangebote.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **DGVT fordert: Sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt verhindern**

Am 17. Dezember 1999 verabschiedete die UN-Generalversammlung eine Resolution, nach der der 25. November zum Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen, auch „Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen“, bestimmt wurde. Damals zeigte sich die Generalversammlung „beunruhigt darüber, dass Frauen nicht in den vollen Genuss ihrer Menschenrechte und Grundfreiheiten kommen, und besorgt darüber, dass es nach wie vor nicht gelungen ist, diese Rechte und Freiheiten im Falle von Gewalt gegen Frauen zu schützen und zu fördern“.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- GK II verabschiedet Resolutionen zur Klimapolitik, zum Datenschutz und zum Tabakwerbeverbot**

Die zweite Sitzung des GK II (35 Fach- und Berufsverbände) in diesem Jahr fand am 26. Oktober 2019 in Berlin statt. Die Sitzung wurde dieses Mal von der DGVT organisiert und ausgerichtet. Bis zur nächsten Sitzung im Frühjahr 2020 hat die DGVT auch die Geschäftsführung inne. Themen waren u. a. die Abstimmung verschiedener Resolutionen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Keine angemessene stationäre Versorgung möglich - G-BA-Richtlinie zur Personalausstattung in Psychiatrie und Psychosomatik verfehlt alle Ziele**

Nach dem Beschluss der Richtlinie über die personelle Ausstattung der stationären Einrichtungen der Psychiatrie und Psychosomatik (PPP-RL) am 19. September 2019 hat der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) am 22. Oktober 2019 nun den genauen Richtlinientext veröffentlicht. Trotz einer fünfjährigen Beratungsdauer erfüllt die jetzt vom G-BA endlich veröffentlichte Richtlinie zur Personalausstattung in Psychiatrie und Psychosomatik keine der Anforderungen, die dem G-BA als Auftrag mit auf den Weg gegeben worden waren.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- DGVT unterzeichnet das Berliner Manifest für eine menschenwürdige Psychiatrie**

Die aktuelle Bilanz der Psychiatrie in Deutschland ist erschreckend. Immer mehr Psychopharmaka, Elektroschocks, viele vermeidbare Zwangsmaßnahmen, das Ausweiten der Klinik-, Heim- und Forensik-Betten, zu oft unzugängliche und unzulängliche ambulante Hilfen, dazu eine Fülle an bürokratischen und ökonomischen Vorgaben in allen Bereichen der Psychiatrie. Dies sind einige der Missstände, die eine menschenwürdige Versorgung verhindern. Das Berliner Manifest für eine menschenwürdige Psychiatrie weist auf die wieder zunehmenden Missstände in der deutschen Psychiatrie hin und setzt dagegen einen Katalog von Forderungen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Digitale-Versorgung-Gesetz (DVG) - DGVT und DGVT-BV fordern klare Regelungen zum Gesundheitsdatenschutz**

Im Entwurf des „Gesetzes für eine bessere Versorgung durch Digitalisierung und Innovation“ (Digitale-Versorgung-Gesetz – DVG) - mittlerweile am 8. November 2019 vom Bundestag beschlossen -, war u.a. vorgesehen, dass Kassen Versicherten-Daten (u.a. Alter, Geschlecht, Wohnort und Behandlungen) an den GKV-Spitzenverband übermittelt werden. Im Gesetzentwurf vorgesehen war, dass dieser die Daten dann an ein neues Forschungsdatenzentrum weiterleiten soll. Laut Gesetzentwurf sollten die von den Kassen übermittelten Datensätze jedoch erst beim GKV-Spitzenverband pseudonymisiert werden. Zudem war geplant, die Daten dort nicht verschlüsselt zu speichern, was die Gefahr mit sich gebracht hätte, dass die Anonymisierung leicht wieder aufgehoben werden kann. DGVT und DGVT-BV forderten daher die Mitglieder des Bundestags-Gesundheitsausschusses dazu auf, die betreffenden Regelungen aus dem Gesetz-Entwurf zu entfernen. Nicht nur für hochsensible Psychotherapie-Daten müsse hier zunächst ein eindeutiges und für die Versicherten transparentes Verfahren des Datenschutzes sowie eine Möglichkeit des Widerspruchs formuliert werden, forderten wir. Die Protest-Aktion war erfolgreich (vgl. nächsten Beitrag).

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Interview mit Prof. Eva-Marie Kessler: „Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen vernachlässigen ältere Patient*innen“**

Ein aktuelles Interview mit Prof. Eva-Marie Kessler, Mitglied unseres Verbands, deren Projekt PSY-CARE von der DGVT unterstützt wird, weist auf die Notlage älterer Patient*innen mit Bedarf an Psychotherapie hin: „Alte Menschen mit Depressionen sind viel zu schlecht versorgt. Aber nicht, weil sie keine Hilfe wollen“, sagt die Psychologin Eva-Marie Kessler. Informationen für Kolleg*innen aus Berlin, die sich für eine Teilnahme als Behandler*in bei PSY-CARE interessieren, finden Sie in dieser [Broschüre](#).

Das Interview im Tagesanzeiger vom 03. Dezember 2019 (Depressionen im Alter) „Ärzte und Psychotherapeuten vernachlässigen ältere Patienten“ finden Sie [hier](#).

Berichte aus den Landesgruppen

- **Bericht von der Vertreterversammlung der Landespsychotherapeutenkammer Baden-Württemberg**
Im Rahmen der Vertreterversammlung der Landespsychotherapeutenkammer Baden-Württemberg am 18./19. Oktober 2019 gab es eine spannende – und umfangreiche – Tagesordnung.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Bericht vom DGVT-Mitgliedertreffen in Niedersachsen im Oktober 2019**
Am 19. Oktober 2019 hatten die Landessprecher*innen Niedersachsen zum jährlichen Treffen der DGVT-Mitglieder Niedersachsen eingeladen, ebenso waren auch die Mitglieder aus Bremen eingeladen. Dabei haben wir versucht, eine runde Veranstaltung mit verschiedenen fachlichen, fachpolitischen und berufspolitischen Inhalten zu gestalten.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Fach- und berufspolitische Informationen

- **Systemische Therapie für psychische Erkrankungen zugelassen**
Der Gemeinsame Bundesausschuss hat am 22. November 2019 beschlossen, die Systemische Therapie für die Behandlung von Erwachsenen zuzulassen. Der Wissenschaftliche Beirat Psychotherapie hatte sie bereits 2008 als psychotherapeutisches Verfahren sowohl für Erwachsene als auch für Kinder und Jugendliche anerkannt. Die DGVT war bei der Anhörung im Gemeinsamen Bundesausschuss mit Ulrike Willutzki vertreten. Wir gratulieren den systemischen Kolleg*innen zu diesem Ergebnis und hoffen, dass der G-BA die Systemische Therapie nun auch sehr schnell für die Behandlung von Kindern und Jugendlichen zulassen wird.
Die Systemische Therapie kann künftig als Kurzzeittherapie zweimal zwölf Therapiestunden dauern, eine Langzeittherapie bis zu 48 Stunden. Jetzt müssen noch Abrechnungsdetails geregelt werden, sodass die Systemische Therapie den Versicherten voraussichtlich ab Juli 2020 zur Verfügung stehen wird.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **TK startet Pilotprojekt zur Fernbehandlung per Videotelefonie**
Die Techniker Krankenkasse (TK) startet ein vollständig digitales Pilotprojekt zur Fernbehandlung von Versicherten per Videotelefonie. Die Technik für das Projekt läuft derzeit mit einem kleinen Teilnehmer*innenkreis stabil. Ab Dezember 2019 können sich rund 14.000 TK-Mitarbeiter*innen vom heimischen Krankenbett aus über eine Video-App ärztlich behandeln lassen. Die Ärzt*innen können im Gespräch mit den Teilnehmer*innen und anhand der übertragenen Bilder die Symptome überprüfen und ihnen aus der Ferne eine elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ausstellen sowie ein Medikament verordnen. Die Krankschreibung wird dabei elektronisch direkt an die TK als Krankenkasse und Arbeitgeber übertragen. Das Rezept für das Arzneimittel können die Teilnehmer*innen mit ihrem Smartphone abrufen und auf Wunsch bei einer Hamburger Apotheke elektronisch einlösen.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Begehrt: Die Daten der Patient*innen**
Wie können Gesundheitsdaten für die Forschung genutzt werden? Welche Rahmenbedingungen sind notwendig, wie sieht es mit Datenspenden aus, wie mit einer Pflicht zur Spende? Darüber wird derzeit viel debattiert. Ein Bericht von zwei Veranstaltungen.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Nach dem DVG I ist vor dem DVG II**
Das Digitale-Versorgung-Gesetz (DVG) weist erhebliche Defizite auf. Es fehlt nach Aussage von Maria Klein-Schmeink, gesundheitspolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, schlichtweg an

wichtigen Voraussetzungen für die erfolgreiche Digitalisierung unseres Gesundheitswesens. Zudem gebe es keine Strategie, es ist keine Institution sichtbar, die eine solche Strategie gemeinsam mit den Nutzer*innen entwickeln und umsetzen könnte. Wieviel Fassade in diesem Gesetz steckt, werde bei der „App auf Rezept“ deutlich. Maria Klein-Schmeink: „So stellt sich im Kleingedruckten zum DVG nun heraus, dass für Versicherte die schöne neue Welt der kassenfinanzierten Apps nur über die datenhungrigen Google oder Apple führt und bei den politischen Urhebern dieser Regelung nicht mal eine Idee davon zu bestehen scheint, wie sichere Alternativen aussehen könnten.“ Ein DVG II müsse deutlich mehr Substanz haben. Der komplette Text findet sich unter:

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Durchschnittlicher GKV-Zusatzbeitragssatz steigt im nächsten Jahr moderat**
Der durchschnittliche Zusatzbeitragssatz in der GKV wird für das Jahr 2020 um 0,2% auf 1,1% angehoben. Das hat am 28. November 2019 das Bundesministerium für Gesundheit mit Veröffentlichung im Bundesanzeiger bekanntgeben. Gewollte Verbesserungen in der Versorgung, medizinischer Fortschritt und eine höhere Nachfrage nach medizinischer Versorgung in einer älter werdenden Gesellschaft führten dazu, dass die Ausgaben stärker steigen als die Einnahmen. Vor dem Hintergrund einer sich abschwächenden Konjunkturlage sei es daher angezeigt, den durchschnittlichen Beitragssatz anzuhoben, um die zu erwartenden Ausgaben zu finanzieren.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Spahn: Solide Finanzlage in der GKV**
Bundesgesundheitsminister Jens Spahn sieht die aktuelle Finanzlage in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) als stabil. Am 23. Oktober 2019 erläuterte er im Gesundheitsausschuss seine politischen Projekte und beantwortete Fragen der Abgeordneten zum Haushaltsplan 2020. Weitere Themen waren unter anderem die internationale Gesundheitspolitik, die Pflege, die Krankenversicherungsbeiträge und die umstrittene sogenannte Doppelverbeitragung von Betriebsrenten. Ungeachtet der sichtbaren Konjunkturertrübung bei den Kassen sei die Ausgangslage solide, die Rücklagen betrügen rund 30 Mrd. Euro. Spahn ging auch auf die steigenden Kosten für die Pflegeversorgung ein und kündigte für Mitte nächsten Jahres einen Vorschlag zur langfristigen Finanzierung der Pflege an. Eine Pflegevollversicherung lehnte er ab. Dies wäre eine falsche Schwerpunktsetzung zwischen den familiär und gesellschaftlich zu tragenden Aufgaben.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Start des Bundesinvestitionsprogramms "Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen"**
Der Bund plant in den Jahren 2020 bis 2023 insgesamt 120 Mio. Euro in den Aus-, Um- und Neubau von Frauenhäusern und Beratungsstellen in Deutschland zu investieren. Bei der Sitzung am 21. Oktober 2019 des Runden Tisches von Bund, Ländern und Kommunen gegen Gewalt an Frauen wurden Details der Umsetzung des Investitionsprogramms durch das Bundesfrauenministerium vorgestellt und mit Ländern und Kommunen beraten. Im Januar 2020 soll das Programm starten. Bundesfrauenministerin Franziska Giffey betonte, jede Frau in einer Notsituation müsse schnelle Hilfe und Unterstützung bekommen. Bund, Länder und Kommunen seien hier gemeinsam in Verantwortung.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **OPS 2020: DIMDI veröffentlicht endgültige Fassung**
Das DIMDI hat die endgültige Fassung des OPS Version 2020 (Operationen- und Prozedurenschlüssel) veröffentlicht. Eingeflossen sind 286 Vorschläge und zusätzliche Anforderungen aus der Weiterentwicklung der Entgeltsysteme für Krankenhausleistungen. Die Vorschläge kamen dabei zumeist von medizinischen Fachgesellschaften und von Fachleuten aus Ärzteschaft, Krankenkassen und Kliniken sowie aus weiteren Organisationen der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen. Der OPS bildet zusammen mit der ICD-10-GM (Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision, German Modification) die Basis für die Entgeltsysteme in der ambulanten und stationären Versorgung.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- Drogen- und Suchtbericht 2019**

Während der Tabakkonsum zurückgeht, steigt der Konsum von E-Zigaretten klar an, gerade bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Bei den illegalen Substanzen bleibt Cannabis nach wie vor die am häufigsten konsumierte Droge. Das geht aus dem Drogen- und Suchtbericht 2019 hervor, den die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Daniela Ludwig, vorgestellt hat. Aus dem Bericht geht weiter hervor, dass Substanzen wie Heroin, Neue Psychoaktive Stoffe oder Kokain insgesamt weniger konsumiert worden sind. Dennoch seien opioidhaltige Substanzen, wie beispielsweise Heroin, weiterhin die Hauptursache für drogenbedingten Tod. Die Zahl der Drogentoten sei im Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant geblieben (2017: 1.272 Personen, 2018: 1.276 Personen). Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Opioidabhängige Menschen in Haft: Am unteren Ende der Hierarchie**

Moderne Suchtmedizin muss auch für drogenabhängige Menschen in Haft zugänglich sein. Diese Kernforderung stellt eine Initiative von Suchtexpert*innen in einem 6-Eckpunkte-Papier. Die von Sanofi unterstützten Initiatoren benennen Probleme und zeigen Lösungsansätze auf. Zwischen 22 % und 30% der Inhaftierten in Deutschland spritzten Drogen wie Heroin und andere Opiode. Nur 10% von ihnen erhielten nach Erkenntnissen des Robert Koch-Instituts eine „angemessene Substitution“, in manchen Bundesländern weitaus weniger. Die Initiative „Gesundheit in Haft“ hat sich vorgenommen, das zu ändern und die gesundheitliche Situation von drogenabhängigen Häftlingen in Deutschland zu verbessern. Ein wichtiger Wegweiser dafür ist das 6-Eckpunkte-Papier „Prison Health is Public Health“, das die wichtigsten Probleme und ihre Lösungen benennt. Zu den Unterzeichnern des Papiers zählen Suchtmediziner*innen, Vertreter*innen von wissenschaftlichen Fachgesellschaften, Suchtfachverbänden und Patient*innenorganisationen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Sucht am Arbeitsplatz – Alkohol im Job bleibt Tabu-Thema**

Etwa vier Millionen Erwerbstätige in Deutschland haben nach Angaben von Krankenkassen einen risikanten Alkoholkonsum, der in Krankheit oder Abhängigkeit münden könnte. Rechnerisch ist das fast jede*r zehnte Arbeitnehmer*in. Rund 160.000 Berufstätige sind vermutlich alkoholabhängig. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- AOK fordert Stärkung der Patientenrechte**

Jeder vierte Bundesbürger hat seinen behandelnden Arzt schon einmal um Einsicht in seine Behandlungsunterlagen gebeten – und das wurde immerhin 15% dieser Patient*innen verweigert. Das hat eine repräsentative Online-Umfrage des Instituts YouGov im Auftrag der AOK-Baden-Württemberg unter mehr als 2.000 Personen ergeben. In einem am 24. Oktober 2019 veröffentlichten Papier zur Stärkung der Patient*innenrechte spricht sich der AOK-Bundesverband dafür aus, die Position der Patient*innen bei diesem Thema zu stärken: Wenn Ärzte ihren Patient*innen die Einsicht in ihre Behandlungsunterlagen ohne Grund verweigerten, solle das für sie in Zukunft rechtliche Konsequenzen haben. In der YouGov-Befragung hätten 83% der Befragten einer solchen Änderung der gesetzlichen Vorgaben zugestimmt. Das Positionspapier sieht vor allem eine Verkürzung der Verfahren bei Behandlungs- und Pflegefehlern sowie Beweiserleichterungen für Patient*innen vor. Die Erfahrungen aus der täglichen Beratung und Unterstützung der Versicherten im Falle vermuteter Behandlungsfehler zeigten, dass eine Weiterentwicklung des Patientenrechtegesetzes von 2013 notwendig sei, sagte der Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes, Martin Litsch. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Generalversammlung des Weltärztebundes bestätigt Ablehnung des ärztlich assistierten Suizids**

Auf seiner 70. Generalversammlung hat der Weltärztebund (WMA) zahlreiche Dokumente verabschiedet, darunter eine Deklaration, in der er seine Ablehnung des ärztlich assistierten Suizids und der Euthanasie bekräftigt. In einer Dringlichkeitsresolution rief der WMA die Ärzt*innen weltweit dazu auf, ein schnelleres Vorgehen der Regierungen gegen den Klimawandel einzufordern. Bis zum Jahr 2030 müsse das Ziel der Klimaneutralität erreicht sein. Kritik übte der Weltärztebund, der vom 23. bis 26. Oktober in Tiflis tagte, an den bisher angewandten Methoden zur Altersfeststellung bei unbegleiteten

Flüchtlingen. Aufgrund mangelnder Evidenz sollten diese Verfahren nur in Ausnahmesituationen eingesetzt werden. Die WMA-Delegierten verabschiedeten darüber hinaus zahlreiche weitere Dokumente, darunter die Deklaration zur Genetik in der Medizin.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Spahn will schärfere Strafen bei Gewalt gegen Notfallpersonal**

Die Bundesregierung plant härtere Strafen bei Gewalt gegen medizinisches Personal in Notaufnahmen. Das bestätigte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) in der vergangenen Woche den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Die Zahl der Übergriffe auf Pflegende und Ärzt*innen sei in kürzester Zeit um mehr als die Hälfte gestiegen. Die Regierung sei nicht gewillt, das länger hinzunehmen, betonte Spahn. Demnach soll die Strafverschärfung vom Kabinett als Teil eines Eckpunktepapiers zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität beschlossen werden. Ein Gesetzentwurf soll laut Spahn in Kürze folgen. Nach Informationen der Funke-Zeitungen soll das medizinische Personal in Notfallambulanzen im Strafrecht dann genauso behandelt werden wie Rettungssanitäter.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **30 Jahre nach dem Fall der Mauer: Regionale Unterschiede in der Gesundheit der Bevölkerung Deutschlands**

Die Ost-West-Unterschiede in der Gesundheit haben sich seit dem Fall der Mauer deutlich verringert, in vielen Fällen bereits im Laufe der 1990er-Jahre, zum Beispiel in Bezug auf die Lebenserwartung und die Herz-Kreislauf-Mortalität. Das geht aus dem Journal of Health Monitoring S2/2019 des Robert Koch-Instituts hervor, das Ost-West-Unterschiede in der Gesundheit untersucht. Zur Beantwortung der Frage wurden Analysen zur Lebenserwartung und Sterblichkeit, zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebserkrankungen und psychischen Störungen sowie zur subjektiven Gesundheit, zu Tabakkonsum, sportlicher Inaktivität und Adipositas herangezogen. Demnach habe auch im Gesundheitsverhalten eine deutliche Annäherung stattgefunden. Die Ergebnisse zeigten aber auch, dass der Blick auf die verbleibenden Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zu kurz greift. Stattdessen sollte eine kleinräumigere Betrachtung unter Berücksichtigung der regional unterschiedlichen Lebensverhältnisse angestrebt werden.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Suizidale Krisen bei unipolarer Depression: Kognitive Verhaltenstherapie kann helfen**

Rund zehn Prozent der Erwachsenen in Deutschland leben mit depressiven Symptomen und sind im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt um das 20-Fache stärker suizidgefährdet. Im Auftrag des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) hat eine Arbeitsgruppe der Technischen Universität (TU) Berlin untersucht, ob verschiedene ambulante, nichtmedikamentöse Maßnahmen, etwa Kriseninterventionsprogramme oder psychosoziale Interventionen, Erwachsene mit unipolarer Depression dabei unterstützen, suizidale Krisen besser zu bewältigen. Nur für die Kognitive Verhaltenstherapie (KVT) von Erwachsenen mit unipolarer Depression in einer suizidalen Krise gibt es aussagekräftige Studien. Das Wissenschaftlerteam der TU Berlin stellte anhand deren Ergebnissen fest, dass bestimmte Formen der KVT als Ergänzung zu einer Standardbehandlung (z. B. Arzneimittel oder Kriseninterventionsprogramm) bei der Bewältigung suizidaler Krisen helfen können: Depressive Symptome, Hoffnungslosigkeit, Suizidgedanken sowie (wiederholte) Suizidversuche lassen sich damit reduzieren.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Diskussion über Aufnahme von Patient*innenlotsen ins Sozialgesetzbuch**

Wie das Deutsche Ärzteblatt am 05. November 2019 berichtet, befürwortet die Patientenbeauftragte der Bundesregierung, Claudia Schmidtke, die Einführung von Patient*innenlotsen im Gesundheitswesen. Derzeit werden Patient*innenlotsen in verschiedenen Modellregionen in Deutschland eingesetzt. „Die Aufgabe der Lotsen ist es, in enger Abstimmung mit den Ärzten die individuelle Situation des Patienten zu erfassen und ihn zu informieren, zu beraten und zu einer selbstbestimmten Entscheidung bezüglich seiner Behandlung zu befähigen“, sagte Schmidtke auf der Fachtagung Patientenlotsen des Bundesverbandes Managed Care in Berlin.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Elterunterhalt für Pflege erst ab Jahresbrutto von 100.000 Euro fällig**
 Der Bundestag hat am 07. November 2019 das Angehörigen-Entlastungsgesetz der Bundesregierung beschlossen. Das Gesetz sieht vor, die Unterhaltsheranziehung von Eltern und Kindern mit einem jeweiligen Jahresbruttoeinkommen von bis zu einschließlich 100.000 Euro in der Sozialhilfe auszuschließen. Das bedeutet, dass auf das Einkommen der Kinder von pflegebedürftigen Eltern, die die sogenannte Hilfe zur Pflege erhalten, erst ab einer Höhe ab 100.000 Euro zurückgegriffen werden kann. Umgekehrt gilt dies auch für Eltern mit volljährigen, pflegebedürftigen Kindern. Der Nachranggrundsatz der Sozialhilfe wird damit erheblich eingeschränkt. Gleichzeitig wird die Beschränkung des Unterhaltsrückgriffs auch auf die anderen Leistungen des SGB XII (Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch) ausgedehnt, soweit keine minderjährigen Kinder betroffen sind.
 Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Lieferengpässe bei Medikamenten „Wir können das Risiko langfristig nicht eingehen“**
 Gesundheitspolitiker*innen der Koalitionsparteien planen gesetzliche Maßnahmen, um das Problem der Medikamenten-Lieferengpässe in den Griff zu bekommen. Hierfür soll dem Vernehmen nach ein Änderungsantrag ans Faire-Kassenwettbewerb-Gesetz (GKV-FKG) gehängt werden. Die Pläne seien innerhalb der Bundesregierung noch nicht abgestimmt, wie es nach Medienberichten heißt. Demnach könnten sie intern abgestimmt und an den Gesetzentwurf zum GKV-FKG gehängt werden. Diesen hatte das Kabinett bereits im Oktober 2019 beschlossen, die erste Lesung im Bundestag ist für Mitte Dezember geplant. Die Verabschiedung des Gesetzes könnte dann Mitte Februar 2020 erfolgen.
 Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Sozialwahlen online: Mehr Demokratie wagen?**
 Die Bundesbeauftragte für die Sozialversicherungswahlen, Rita Pawelski, und der Verband der Ersatzkassen (vdek) wollen die Sozialwahl modernisieren – und zwar per Online-Abstimmung. Damit das bis zur nächsten Wahl im Jahr 2023 klappt, muss jetzt an den gesetzlichen Stellschrauben gedreht werden. „Die Zeit rinnt uns durch die Finger“, sagt Pawelski.
 Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Zustimmung des Bundesrates: Angehörigen-Entlastungsgesetz**
 Der Bundestag hat am 7. November 2019 das Angehörigen-Entlastungsgesetz der Bundesregierung mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der AfD, der FDP und der Linken beschlossen. Er folgte damit einer Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales, zu der auch ein Bericht des Haushaltsausschusses zur Finanzierbarkeit vorlag. Der Bundesrat hat am 29. November 2019 dem Angehörigen-Entlastungsgesetz dann zugestimmt. In einer begleitenden Entschließung fordert der Bundesrat die Bundesregierung auf, die Folgekosten auf eine realistische Datengrundlage zu stellen. Die Bundesregierung hatte im Plenum angekündigt, sich dazu mit den Ländern ins Benehmen zu setzen.
 Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Übersicht zu neuen Förderprojekten im Bereich neue Versorgungsformen veröffentlicht**
 Die Bundesregierung hat zur qualitativen Weiterentwicklung der Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung einen Innovationsfonds aufgelegt. Der Innovationsausschuss beim Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) hat eine Übersicht der 31 neuen Projekte zu neuen Versorgungsformen veröffentlicht, die zukünftig eine finanzielle Förderung erhalten.
 Informationen zum Innovationsfonds finden Sie [hier](#).
 Die Liste der geförderten Projekte finden Sie [hier](#).
- **Neues SGB XIV: Reform des Opferentschädigungsgesetzes**
 Am 7. November 2019 hat der Bundestag der Reform des Opferentschädigungsgesetzes (OEG) zugestimmt. Es soll jetzt überführt werden in das SGB XIV – Soziale Entschädigung. Das Gesetz sieht vor, Gewaltopfer, zum Beispiel von sexualisierter Gewalt oder Terroranschlägen, besser zu unterstützen. Mit den neuen Leistungen der sog. „Schnellen Hilfen“ wurden zudem das wichtige Fallmanagement und der flächendeckende Ausbau und die Qualitätsentwicklung in Traumaambulanzen vorangebracht.

Warum allerdings das Gesetz erst 2024 in Kraft tritt und die Ansprüche auch erst für die Taten ab dem Zeitpunkt bestehen, wird vom Betroffenenrat kritisiert.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Neue Studie zur Gesundheitskompetenz der Bevölkerung**

Nach einer Studie zur Gesundheitskompetenz der Bevölkerung in Deutschland von 2016 fördert die Bundesregierung auch eine Folgestudie. Diese Erhebung solle 2021 abgeschlossen werden, heißt es in der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion. Um zu ausreichenden Erkenntnissen zu gelangen und ein systematisches Vorgehen bei der Konzipierung von Interventionen zu ermöglichen, müsse die Gesundheitskompetenz nicht nur punktuell, sondern wiederholt gemessen werden. Im Rahmen der Folgestudie würden voraussichtlich 2.000 Personen repräsentativ befragt. Die erste Studie von 2016 hatte ergeben, dass die Gesundheitskompetenz eines großen Teils der Bevölkerung problematisch oder inadäquat ist.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#) und [hier](#).

- **11. World Health Summit in Berlin**

Am 29. Oktober 2019 endete der 11. World Health Summit in Berlin mit klaren Aufgabenstellungen für die internationale Politik. Insgesamt 2.500 Teilnehmer aus rund 100 Ländern hatten an der internationalen Global Health Konferenz teilgenommen. Drei Tage lang hatten über 300 Sprecher*innen in 50 Sessions ihre Strategien für die weltweite Gesundheitsversorgung präsentiert und zu gemeinsamen Lösungen aufgerufen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Wann kommt die Nationale Diabetes-Strategie?**

Schon lange wird in der Politik über eine Nationale Diabetes-Strategie diskutiert. Dass diese notwendig ist, bestreitet niemand mehr. Die Grünen-Bundtagsfraktion die Regierung aufgefordert, umgehend eine Diabetes-Strategie zu initiieren. Zum aktuellen Stand nehmen die gesundheitspolitischen Sprecherinnen von CDU/CSU und SPD, Karin Maag und Sabine Dittmar, im „Interview des Monats“ Stellung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#) und [hier](#).

- **Paritätischer legt ersten Teilhabebericht zur Situation von Menschen mit Behinderung vor**

Der Paritätische Wohlfahrtsverband legt heute zum Internationalen Tag der Menschen mit Behinderungen erstmals einen eigenen Teilhabebericht vor. Schwerpunkt ist die Lebenssituation von älteren Menschen mit Beeinträchtigungen in Privathaushalten. Das Fazit der Studie: Ob Gesundheit, Freizeit, soziale Lage oder Wohnsituation: in fast allen Bereichen bestehen weiterhin erhebliche Barrieren für Menschen mit Behinderung, so dass von gleichberechtigter Teilhabe keine Rede sein kann. Keine Unterschiede gebe es hingegen in der verbreiteten Sorge um den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Neuer Fehlzeiten-Report 2019 erschienen**

Das wissenschaftliche Institut der AOK (WIdO) hat den Fehlzeiten-Report 2019 „Digitalisierung - gesundes Arbeiten ermöglichen“ herausgebracht. Der Report betrachtet dabei u.a. die Auswirkungen und Herausforderungen der Digitalisierung in der Arbeitswelt auf gesellschaftlicher, betrieblicher sowie individueller Ebene.

Neben 26 Fachbeiträgen zu den drei genannten Ebenen beinhaltet der aktuelle Fehlzeiten-Report außerdem Beispiele aus der digitalen betrieblichen Praxis sowie digitale Neuentwicklungen für betriebliche Anwendungen. Zudem enthält der Report Arbeitsunfähigkeitsanalysen auf Grundlage von Daten der AOK-versicherten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern (2018: 13,9 Millionen).

Zum Thema Homeoffice zeigt der Report beispielsweise Studienergebnisse zu Auswirkungen auf die Arbeits-, Lebens- und Gesundheitssituation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Dazu wurden 2.001 Beschäftigte zwischen 16 und 65 Jahren befragt. Die Ergebnisse beleuchten u.a. Vor- und Nachteile des Homeoffice: Befragte, die häufiger im Homeoffice arbeiten, berichten über eine höhere Arbeitszufriedenheit und mehr Entscheidungsfreiheit, als Befragte der Gruppe mit festem Arbeitsplatz. Darüber hinaus gibt diese Gruppe an, mehr Arbeit bewältigen zu können. Ferner gelingt konzentriertes

Arbeiten besser als im Unternehmen. Jedoch ist gleichzeitig die psychische Belastung höher, und Befragte mit flexiblem Arbeitsplatz neigen häufiger zu Erschöpfung, Nervosität oder Schlafstörungen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Forschung

- **Online-Befragung: „Berücksichtigung von (süchtiger) Mediennutzung in der Psychotherapie von Erwachsenen“**

Liebe Kolleg*innen!

wir kontaktieren Sie heute mit der Bitte um Teilnahme an unserer Online-Befragung. Es handelt sich um eine Befragung zu dem Thema der „Berücksichtigung von (süchtiger) Mediennutzung in der Psychotherapie von Erwachsenen“.

Diese ist Teil eines Forschungsprojekts der Sigmund Freud PrivatUniversität Wien und der International Psychoanalytic University Berlin und fokussiert die therapeutische Haltung zu digitalen Medien.

[Hier](#) gelangen Sie zur Online-Umfrage.

Ihre Teilnahme wäre eine große Hilfe und würde ermöglichen eine große und umfassende Stichprobe zu akquirieren.

Mit freundlichen Grüßen und herzlich bedankend,

Katharina Piening

Univ-Prof.in Dr.in Christiane Eichenberg

Dr. Jan van Loh

- **Studie zu Ethik**

[Hier](#) gelangen Sie zu einer Studie eines Kollegen aus Serbien, Nikolas Petrovic, zu ethischen Überzeugungen und Verhaltensweisen von Verhaltenstherapeut*innen, die auch von der EABCT unterstützt und gefördert wird. Es wäre schön, wenn Sie teilnehmen könnten! Das Beantworten der Fragen dauert ca. 10 bis 15 Minuten

Herzlichen Dank!!

Abteilung für Psychologie der Philosophischen Fakultät der Universität Belgrad, Serbien

- **Rekrutierung von approbierten Psychotherapeut*innen im Rahmen einer Masterarbeit**

Im Rahmen eines Forschungsprojektes am Department Psychologie der MSB Medical School Berlin - Hochschule für Gesundheit und Medizin suche ich momentan Teilnehmer*innen für eine kurze Online Studie. Untersucht wird die Auswahl therapeutischer Strategien und der dazugehörige Behandlungsablauf im Rahmen einer stationären psychotherapeutischen Behandlung. Sie werden gebeten eine Fallbeschreibung eines Patienten zu lesen und die dazugehörigen Fragen zu beantworten. Die Teilnahme an der Studie wird ca. 10 Minuten in Anspruch nehmen. Voraussetzung für die Teilnahme ist eine psychotherapeutische Approbation. Psychologen in Ausbildung können leider nicht teilnehmen.

Ich würde mich sehr freuen, wenn der Link über einen Verteiler möglichst viele Psychotherapeut*innen erreichen würde.

Die Studie finden Sie [hier](#).

Vielen Dank im Voraus!

Mit freundlichen Grüßen,

Lisa Grünewald

- **Studie: Evidenzbasierte Psychotherapie**

Am Fachbereich Psychologie der Philipps-Universität wird unter der Leitung von Prof. Dr. Hanna Christiansen gegenwärtig eine Online-Studie durchgeführt, welche sich mit dem Interesse an, dem Einsatz von und beruflichen Bedingungen zum Einsatz von evidenzbasierten Methoden in der Psychotherapie beschäftigt. Mehrere Fragebögen sollen durch die Studie validiert werden.

Mitmachen können Personen unabhängig davon, ob und wie intensiv sie sich bereits mit evidenzbasierten Methoden beschäftigt haben. Die einzige Teilnahmebedingung ist, dass sie psychotherapeutisch tätig sind als

- Psychologische*r Psychotherapeut*innen oder Psychologische*r Psychotherapeut*innen in Ausbildung,
- Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen oder Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen in Ausbildung,
- Fachärzt*innen für Psychiatrie und Psychotherapie oder Fachärzt*innen für Psychiatrie und Psychotherapie in Weiterbildung oder
- Fachärzt*innen für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie oder Fachärzt*innen für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie in Weiterbildung.

Die Teilnahme ist freiwillig, wird nur 15-20 Minuten in Anspruch nehmen und ist mit keinen Belastungen oder Risiken verbunden. Als Dank haben alle Teilnehmenden die Möglichkeit, an einer Verlosung teilzunehmen. Verlost wird ein Wellnessurlaub im Wert von 500 Euro oder ein Eventim-Gutschein in Höhe von 500 Euro.

Die Umfrage finden Sie [hier](#).

Viele Grüße

Tabea Warczok

Kleine Anfragen der Fraktionen im Bundestag

- **Antwort der Bundesregierung auf eine Kleinen Anfrage der FDP-Fraktion: Sichere Gesundheits-IT angestrebt**

Die Digitalisierung des Gesundheitswesens soll nach Angaben der Bundesregierung 2021 für alle Versicherten, Ärzte, Apotheken und Krankenhäuser im GKV-System "erlebbar" werden. Nach einer Neuaufstellung konzentrierte sich die Gesellschaft für Telematik auf die drei Anwendungen elektronische Patientenakte (ePA), elektronisches Rezept und sichere Kommunikation, heißt es in der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleinen Anfrage der FDP-Fraktion. Dabei soll der Datenschutz jederzeit gewährleistet sein. So würden bei der Erstellung von Spezifikationen und der Entwicklung von Anwendungen, Komponenten und Diensten der Telematikinfrastruktur (TI) bereits im Entwurfsstadium der Datenschutz und die Informationssicherheit berücksichtigt.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der FDP Bundestagsfraktion unter Federführung von Andrew Ullmann zum Thema Transitionsprozesse globaler Gesundheitsprogramme**

Nach Ansicht von Andrew Ullmann, dem Obmann der FDP-Bundestagsfraktion im Gesundheitsausschuss, fehlt es der Bundesregierung an Kohärenz, Koordination und einer Strategie in der globalen Gesundheitspolitik - das verdeutliche vor allem die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der FDP Bundestagsfraktion unter Federführung von Andrew Ullmann zum Thema Transitionsprozesse globaler Gesundheitsprogramme. Andrew Ullmann wirft der Bundesregierung vor, eine Chance zur besseren Gesundheitsversorgung weltweit zu verspielen und unnötigem menschlichen Leid nicht politisch aktiv und gezielt entgegenzutreten. Er fordert eine klare Linie der Bundesregierung, wie Partnerländer besser unterstützt werden können und die nachdrückliche Beachtung von Transitionsprozessen in einer strategischen Ausrichtung der globalen Gesundheitspolitik.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke: Reform des Berufskrankheitenrechts**

Das Bundeskabinett soll sich noch in diesem Jahr mit einer Vorlage zur Reform des Berufskrankheitenrechts befassen. Das kündigt die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke an. Veränderungen in der Arbeitswelt mit verbesserten Möglichkeiten der Prävention erforderten eine systemgerechte Weiterentwicklung des Berufskrankheitenrechts, schreibt die Regierung. Ziel sei es, die Anerkennung von Berufskrankheiten im Einzelfall zu erleichtern, die Ver-

schlimmerung von Berufskrankheiten durch den Ausbau von zielgenauen Instrumenten für Präventionsmaßnahmen zu verhindern und die Anerkennung neuer Berufskrankheiten transparenter zu gestalten und zu beschleunigen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Antrag der Fraktion Die Linke: Linke fordert Trägerwechsel für UPD**

Die Linksfraktion fordert einen Trägerwechsel für die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD). In einem Antrag heißt es, die undurchsichtige Vergabe an eine Firma, deren Hauptgeschäft in der Beratung von Pharmaunternehmen liege, habe die Reputation der UPD deutlich verschlechtert. In ihrem Antrag fordern die Abgeordneten, die UPD dauerhaft in die Hände derjenigen Patientenorganisationen zu legen, die mit institutioneller Patientenberatung beschäftigt seien. Zugleich sollte auch die Finanzierung dauerhaft gewährleistet sein, um Kontinuität und Qualität zu gewährleisten. Statt aus Versicherungsgeldern sollte die UPD aus Steuergeldern finanziert werden, da es sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handle und die Unabhängigkeit zu gewährleisten sei. Der Beirat sollte zu einem unabhängigen Gremium von Wissenschaftlern umgestaltet werden.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Antrag der Fraktion Die Linke: Linke fordert Transparenz bei MVZ**

Die Linksfraktion fordert in einem Antrag mehr Transparenz, wenn Kapitalgesellschaften in das Gesundheitssystem investieren. Gesundheitseinrichtungen in Deutschland würden zunehmend von internationalen Kapitalgesellschaften aufgekauft, die sich eine hohe Rendite versprechen. So kauften Private-Equity-Fonds Krankenhäuser, um Medizinische Versorgungszentren (MVZ) gründen zu können. Um die MVZ betreiben zu können, würden Arztsitze gekauft. So würden aus inhabergeführten Arzt- und Zahnarztpraxen MVZ, und aus MVZ würden MVZ-Ketten. Die Abgeordneten fordern in ihrem Antrag unter anderem regelmäßige Veröffentlichungspflichten, aus denen hervorgeht, wer der Träger oder Eigentümer eines MVZ ist. Falls es sich um Finanzinvestoren handelt, sollen auch noch betriebliche Kennzahlen einschließlich der Zahl der gehaltenen Arztsitze veröffentlicht werden.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Antrag der Fraktion Die Linke: Linke gegen Bindungszwang an die PKV**

Die Linksfraktion fordert in einem Antrag gesetzliche Änderungen, um den Wechsel von der Privaten Krankenversicherung (PKV) in die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) zu erleichtern. Bei einem Wechsel von der PKV in die GKV blieben die bis dahin gebildeten Alterungsrückstellungen, mit deren Hilfe Beitrags sprünge im Alter vermieden werden sollen, komplett in der PKV. Auch bei einem Wechsel innerhalb der PKV könne maximal ein Teil der Alterungsrückstellung in die neue Versicherung übertragen werden. Dadurch verteuerten sich die neuen Tarife erheblich. Die Abgeordneten fordern in ihrem Antrag, die Alterungsrückstellungen bei einem Versicherungswechsel vollständig auf die neue Krankenversicherung zu übertragen. Auch bei einem Wechsel in die GKV sollte die Alterungsrückstellung dorthin übertragen werden.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Antrag der Fraktion Die Linke: Linke fordert Stärkung sozialer Innovationen**

In einem Antrag fordert die Fraktion Die Linke, dass soziale Innovationen und mit ihnen soziale Werte wie Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und soziale Gleichheit stärker gefördert werden. In ihrem Antrag schreiben die Abgeordneten, dass soziale Innovationen neue Ideen, kreative Entwicklungen und Adaptionen seien, die das Gemeinwohl unterstützen wollen. Als Beispiele nennen sie die Umsonstläden, Straßenzzeitungen, Mehrgenerationenhäuser oder öffentliche Bücherschränke. Bei sozialen Innovationen stünden Demokratisierung und das emanzipatorische Handeln im Sinne der Wiederaneignung, Selbstermächtigung und Verantwortungsübernahme im Vordergrund. So seien neue Projekte der politischen Beteiligung der Zivilgesellschaft, von Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften entstanden. Daher fordert Die Linke die Integration gemeinwohlorientierter Dienstleistungsforschung in institutionellen Forschungsprogrammen und die Öffnung der Projektförderung für soziale Innovationen. Die Bundesregierung solle sich auch auf europäischer Ebene dafür einsetzen, soziale Innovationen und gemeinnützige Dienstleistungsforschung zu fördern. Exemplarisch soll ein europäisches Förderprogramm für Innovationen im öffentlichen Sektor entwickelt und aufgesetzt werden.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Kleine Anfrage der FDP-Fraktion: Aktuelle Daten des Gesundheits-Haushalts**
 Die FDP-Fraktion erkundigt sich in einer Kleinen Anfrage nach den aktuellen Daten für den laufenden Gesundheits-Haushalt 2019. Auf diese Weise soll die Entwicklung der Finanzen im Bereich Gesundheit (Einzelplan 15) im Jahresverlauf dargestellt werden. Gefragt wird nach den Ist-Zahlen der einzelnen Haushaltstitel.
 Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Kleine Anfrage der FDP-Fraktion: Reha für schwerbehinderte Menschen**
 Die FDP-Fraktion hat eine Kleine Anfrage zur beruflichen Reha und Wiedereingliederung von schwerbehinderten Menschen gestellt. Darin fragt sie die Bundesregierung unter anderem, wie diese die Kommunikation zwischen den gemeinsamen Einrichtungen (gE) und den Rehabilitationsträgern verbessern möchte.
 Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Kleine Anfrage der FDP-Fraktion: Ziele der neuen Drogenbeauftragten**
 Die FDP-Fraktion interessiert sich für die Ziele und Schwerpunkte der neuen Drogenbeauftragten Daniela Ludwig (CSU). Zur Amtseinführung habe es geheißen, Ludwig wolle unvoreingenommen auf das Thema Sucht blicken und neue Akzente setzen. Die Abgeordneten erkundigen sich in einer Kleinen Anfrage nach den Zielen, Themen und Schwerpunkten der Drogenbeauftragten und wollen zudem wissen, nach welchen Kriterien Ludwig in das Amt berufen wurde und welche Vorkenntnisse sie mitbringt.
 Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Kleine Anfrage der FDP-Fraktion: Reform der Ärztevergütung**
 Die FDP-Fraktion erkundigt sich in einer Kleinen Anfrage nach der vor einem Jahr eingesetzten "Kommission für ein modernes Vergütungswesen" (KOMV). Die in die Kommission berufenen Wissenschaftler*innen befassten sich mit einer Reform der ambulanten Honorarabrechnung in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), dem sogenannten Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM), sowie mit der Gebührenordnung zur Abrechnung privatärztlicher Leistungen (GOÄ). Das Ziel sei ein modernes Vergütungssystem. Die Abgeordneten wollen von der Bundesregierung wissen, wann mit einem Bericht der Kommission zu rechnen ist.
 Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Kleine Anfrage der FDP-Fraktion: Mögliche Gefahren durch E-Zigaretten**
 Mit möglichen Gefahren durch sogenannte E-Zigaretten und Liquids befasst sich die FDP-Fraktion in einer Kleinen Anfrage. Die Abgeordneten wollen wissen, wie die Bundesregierung die gesundheitlichen Auswirkungen dieser Produkte einschätzt.
 Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Kleine Anfrage der Links-Fraktion: Mehr Suizid-Fälle in deutschen Haftanstalten**
 Die Zahl der Suizid-Fälle in deutschen Haftanstalten steigt. Wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion hervorgeht, starben im Jahr 2017 im Justizvollzug 173 Menschen, 82 von ihnen durch Selbsttötung. So viele Suizide in der Haft hat es seit 2005 nicht gegeben. Für das Jahr 2018 gibt es noch keine bundesweite Übersicht.
 Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Identifizierung, Anerkennungspraxis und Schutzkonzepte für geflüchtete Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen in Asylverfahren**
 "Identifizierung, Anerkennungspraxis und Schutzkonzepte für geflüchtete Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI) in Asylverfahren" lautet der Titel einer Kleinen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen. Darin erkundigt sie sich danach, wie viele LSBTI-Geflüchtete nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen fünf Jahren in Deutschland erfasst wurden. Auch will sie unter anderem wissen, wie viele LSBTI Geflüchtete in diesem Zeitraum in Deutschland einen Schutzstatus bekommen haben.
 Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Kinder und Jugendliche

- **Ärztliche Versorgung für Jugendliche in Gefahr**

Deutschlands Kinder- und Jugendärzt*innen warnen vor einem „Kollaps“ der Versorgung junger Patient*innen. Die Ressource Arzt*in werde knapp und knapper, sagte Thomas Fischbach, Präsident des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ), der Neuen Osnabrücker Zeitung. Die Versorgung im ambulanten Kinder- und Jugendarztbereich blute aus, wenn nicht vernünftig gegengesteuert werden würde. Das Durchschnittsalter der Kinder- und Jugendärzte liege bei rund 55 Jahren, und die Babyboomer gingen bald in Rente. Fischbach fordert eine ambulante Weiterbildungsförderung analog zur Allgemeinmedizin. Die Praxen schafften es nicht mehr, ihren Nachwuchs selbst auszubilden. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Smartphones machen Kinder krank**

Kinder aller Altersgruppen zeigen zunehmend Krankheitssymptome, die auf übermäßigen Medienkonsum zurückzuführen sind. So führen rund neun von zehn Kinderärzt*innen Übergewicht und soziale Auffälligkeiten auf die Nutzung von Computern, Smartphones und Spielekonsolen zurück. Zugleich seien diese Probleme in den letzten fünf Jahren auf dem Vormarsch. Dies sind Ergebnisse der Studie "Smart aufwachsen?" der pronova BKK, für die 100 niedergelassene Kinderärzt*innen befragt wurden. 79% der befragten Ärzt*innen berichten, dass sie in den vergangenen fünf Jahren verstärkt soziale Auffälligkeiten bei ihren jungen Patient*innen feststellen. 75% erleben eine Zunahme von Übergewicht bei Kindern. 56% diagnostizieren vermehrt motorische Defizite, 59% Lernentwicklungsstörungen. Auch bei diesen Diagnosen sprechen acht von zehn Kinderärzt*innen von einem Zusammenhang mit erhöhter Mediennutzung. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **In der Versorgung psychisch kranker Kinder gibt es große Lücken! – DAK-Kinder- und Jugend-Gesundheitsreport**

Das zeigt eine Auswertung der Abrechnungsdaten von rund 800.000 jungen DAK-Versicherten. Fast acht Prozent aller depressiven Kinder zwischen zehn und 17 Jahren kommen innerhalb eines Jahres ins Krankenhaus, durchschnittlich für 39 Tage. Nach der Entlassung fehlt oft eine passende ambulante Nachsorge. Folge: Fast jedes vierte dieser Kinder wird innerhalb von zwei Jahren mehrfach stationär behandelt. Das zeigt der aktuelle Kinder- und Jugendreport der DAK-Gesundheit mit dem Schwerpunkt „Ängste und Depressionen bei Schulkindern“. Basis für die repräsentative Studie sind Abrechnungsdaten der Jahre 2016 und 2017 von rund 800.000 minderjährigen DAK-Versicherten. Laut Auswertung durch die Universität Bielefeld hat die Zahl der Klinikeinweisungen wegen Depressionen in diesem Zeitraum um fünf Prozent zugenommen. Ferner zeigen die Daten, dass chronische Krankheiten das Risiko für eine Depression deutlich erhöhen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Neue Leitlinie zu Adipositas bei Kindern und Jugendlichen**

Bei der Therapie von adipösen Kindern und Jugendlichen setzt eine neue Leitlinie auf ambulante Angebote. Mehr Bewegung, gesünderes Essen: Solche Maßnahmen nützen nur bedingt, wenn Kinder und Jugendliche in einer Gesellschaft aufwachsen, die Adipositas fördert. Das ist ein Fazit der, der neuen S3-Leitlinie „Therapie und Prävention der Adipositas im Kindes – und Jugendalter, die von 40 Expert*innen aus 16 Fachgesellschaften, Verbänden und Organisationen veröffentlicht wurde. Die S3-Leitlinie “Therapie und Prävention der Adipositas“ sowie der Leitlinienreport und Evidenztabelle zur Leitlinie sind über die Internetseiten der beteiligten Fachgesellschaften sowie über die folgenden Internetseiten zugänglich: [Link](#) und [Link](#)
- **Shell Jugendstudie 2019: Jugendliche melden sich zu Wort**

Jugendliche melden sich vermehrt zu Wort und artikulieren ihre Interessen und Ansprüche nicht nur untereinander, sondern zunehmend auch gegenüber Politik, Gesellschaft und Arbeitgebern. Dabei blickt die Mehrheit der Jugendlichen eher positiv in die Zukunft. Ihre Zufriedenheit mit der Demokratie

nimmt zu. Die EU wird überwiegend positiv wahrgenommen. Jugendliche sind mehrheitlich tolerant und gesellschaftlich liberal. Am meisten Angst macht Jugendlichen die Umweltzerstörung. Die Zusammenfassung der Shell Studie finden Sie [hier](#).
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland**
Die National Coalition Deutschland – Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention, ein Zusammenschluss von 101 Verbänden, hat am 22. Oktober 2019 ihren Bericht „Die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland“ veröffentlicht. Der Bericht zeigt, dass auch 30 Jahre nach Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention zahlreiche Kinderrechte in Deutschland verletzt werden. Besonders schwerwiegend wirken sich Kinderarmut, ungleiche Bildungschancen und die Erfahrung von Diskriminierung auf die Lebenssituation und das Wohlbefinden von Kindern aus.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Kinder-Knast: Jährlich 1,5 Millionen Jungen und Mädchen inhaftiert**
Jedes Jahr werden 1,5 Millionen Kinder ihrer Freiheit beraubt. Das vermelden die SOS-Kinderdörfer unter Berufung auf eine mehrjährige UN-Studie, die die Hilfsorganisation als Teil einer Expertenkommission begleitet hat. Demnach werden jährlich schätzungsweise 410.000 Jungen und Mädchen in Gefängnisse gesteckt, 330.000 aufgrund von Migration in Haft genommen und zwischen 43.000 und 68.000 Kinder unter Zwang in Heime eingewiesen. Die Dunkelziffer dürfte sogar noch höher liegen.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Europäischer Tag zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch**
Bereits zum fünften Mal fand am 18. November 2019 auf Initiative des Europarates der „Europäische Tag zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch“ statt. Unter dem Motto „Empowering children to stop sexual violence“ lag der Schwerpunkt der Initiative des Europarates in diesem Jahr auf der Stärkung von Kindern.
Der Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM), Johannes-Wilhelm Rörig, bekräftigt dabei die Bedeutung einer präventiven Erziehungshaltung für den Kinderschutz: „Kinder können nur gestärkt werden, wenn Erwachsene sie ernst nehmen, ihnen mit Zuneigung und Respekt begegnen und ihre Selbstbestimmung fördern. Alle Erwachsenen sollten sensibel für die Belange von Kindern und Jugendlichen sein und deren Bedürfnisse nicht den eigenen unterordnen. Vor allem aber geht es darum, Mädchen und Jungen in ihrem Alltag zu ermutigen, sie selbst zu sein, ohne die Grenzen anderer zu überschreiten. Eine so verstandene präventive Erziehungshaltung – in der Familie, aber auch in pädagogischen Einrichtungen – ist ein wesentlicher Schritt für das Empowerment und den Schutz von Kindern vor sexuellem Missbrauch.“
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Informationen zur Versorgung von Geflüchteten

- **Versorgungsberichte der BAfF**
Mit ihren Versorgungsberichten geht die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BAfF e.V.) der Frage nach, inwieweit für Geflüchtete, die mit psychischen Belastungen kämpfen, auf dem Versorgungsgebiet der BRD bedarfsgerechte Behandlungsangebote zugänglich, verfügbar und tatsächlich erreichbar sind.
Aktuelle Ergebnisse der jährlichen Datenerhebungen in den Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer werden dargestellt und vor dem Hintergrund völker- und europarechtlicher Verpflichtungen sowie der wissenschaftlichen Befunde zum Versorgungsbedarf erläutert. Die Berichte schließen mit Empfehlungen für gesundheits- und sozialpolitische Interventionen, die aus diesen Analysen folgen.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Publikation: "Das Neutralitätsgebot in der Bildung - Neutral gegenüber rassistischen und rechtsextremen Positionen von Parteien?"**

Das Deutsche Institut für Menschenrechte hat eine spannende Publikation herausgegeben: "Das Neutralitätsgebot in der Bildung - Neutral gegenüber rassistischen und rechtsextremen Positionen von Parteien?"

Darin geht Hendrik Cremer der Frage nach, wie Lehrer*innen oder Akteure der außerschulischen Bildung rassistische und rechtsextreme Positionen einer Partei thematisieren dürfen oder sogar müssen.

Fazit: "Die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes, die Menschenrechte und die ihnen zugrunde liegenden Werte bilden die Grundlagen für politische Bildung in Deutschland; aus menschenrechtlichen Verträgen ergibt sich außerdem eine explizite staatliche Verpflichtung zur Menschenrechtsbildung durch die schulische und außerschulische Bildung. ... Wird der Grundsatz der gleichen Menschenwürde und der Rechtsgleichheit eines jeden Individuums in Frage gestellt, haben Lehrer*innen sowie Akteure im Rahmen staatlich geförderter Bildungsarbeit dem zu widersprechen, auch wenn es sich um Positionen politischer Parteien handelt. Wesentlich ist allein, dass die Auseinandersetzung sachlich erfolgt."

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Angestellte

- **Neue Personalrichtlinie in der Kritik**

Am 22. Oktober 2019 hat der Gemeinsame Bundesausschuss, G-BA, seine Richtlinie über die personelle Ausstattung der psychiatrischen Kliniken in Gänze veröffentlicht. »Beschämend« sei das Ergebnis, das die Regelungen der bisher geltenden Psychiatrie-Personalverordnung (Psych PV) nach immerhin fünfjähriger Beratungszeit weitgehend übernommen habe, kritisiert die Bundespsychotherapeutenkammer. Immerhin werde ein eigener Behandlungsbereich Psychosomatik ergänzt und die Minutenwerte für die psychologisch-psychotherapeutische Berufsgruppe seien so erhöht worden, dass jede*r Patient*in 50 Minuten Einzeltherapie pro Woche erhalten könne.

Auch die DGVT (siehe oben) sowie andere Verbände und Organisationen hatten die neue Richtlinie als unzulänglich bemängelt. Das Bündnis »Mehr Personal und Zeit für psychische Gesundheit«, dem auch die DGVT beigetreten ist und hinter dem dreißig Organisationen stehen – von Berufs-Fachverbänden und Klinik-Verbänden über Angehörige und Psychiatrieerfahrene bis zur Alzheimer-Gesellschaft – möchte der Politik Beine machen: Bis zum 1. Januar 2020 soll der Bundestag Soll-Vorgaben mit Nachweispflichten für die Budgetverhandlungen beschließen, die deutlich oberhalb der Minimalbesetzung (Untergrenze) und der bisherigen Psychiatrie-Personalverordnung liegen, und dem G-BA für die Weiterentwicklung der Richtlinie konkrete Vorgaben machen.

Eine Petition für mehr Personal in der stationären Psychiatrie benötigt bis zum 24. Dezember 2019 50.000 Unterschriften.

Wenn das Bundesgesundheitsministerium sie nicht beanstandet, was nicht so ohne weiteres möglich ist, tritt die »Richtlinie über die personelle Ausstattung der stationären Einrichtungen der Psychiatrie und Psychosomatik« (PPP-RL) zum 1. Januar 2020 in Kraft.

Hier gelangen Sie zur [Erstfassung](#), zur [Petition](#) und zu den [Mindestvorgaben für die Personalausstattung in Psychiatrie und Psychosomatik](#).

Niedergelassene

- **Bitte um Teilnahme: Mitglieder-Umfrage – Probleme mit Krankenkassen (Druck auf Patient*innen im Zusammenhang mit AU)**

Haben Ihre Patient*innen in letzter Zeit vermehrt über Probleme berichtet mit deren jeweiligen Krankenkassen? Es liegen einzelne Berichte von Mitgliedern vor, dass Patient*innen im Zusammenhang mit AU teils von Kassenmitarbeiter*innen am Telefon ausgefragt werden und dass Druck ausgeübt

wird, wie zum Beispiel dass neben einer psychotherapeutischen Behandlung noch Fachärzt*innen aufzusuchen seien. Dieses Vorgehen ist häufig rechtlich unzulässig (eine Ausnahme wäre es nur, wenn der Versicherte zuvor schriftlich in eine diesbezügliche Beratung durch seine Kasse eingewilligt hat). Auch Anfragen von Kassen bei Therapeut*innen über deren Patient*innen (außerhalb der Vereinbarungen) wurden berichtet.

Falls Ihnen Fälle bekannt sind von unzulässigen Anfragen bei Therapeut*innen und/oder Patient*innen, melden Sie uns diese bitte. Patient*innendaten bitte vollständig anonymisieren, das Datum des Vorgangs und der Name der Kasse sind jedoch notwendige Angaben. Wir sammeln Ihre Berichte und informieren dann wieder über die Ergebnisse unserer Umfrage.

Ihre Antworten senden Sie bitte an info@dgvt-bv.de.

- **Gruppentherapie seit 22. November 2019 ohne Gutachterpflicht**

Seit 22. November 2019 (Veröffentlichung des Psychotherapeutenausbildungsreformgesetzes im Bundesgesetzblatt) ist der Bericht an den Gutachter für die Beantragung einer Gruppenpsychotherapie entfallen. Auch bei der Beantragung einer Langzeittherapie, bei der Umwandlung (KZT2 in LZT) und bei einem Verlängerungsantrag zur LZT entfallen ab sofort die Gutachterberichte.

Gruppentherapie ist jedoch weiterhin antragspflichtig, d.h. es sind weiterhin die Formulare PTV 1 und PTV2 anzuwenden. An den Kontingenten für Gruppentherapie ändert sich ebenfalls nichts.

Auch die zur Verfügung stehenden Kontingente in der Gruppentherapie bleiben erhalten.

Ob die Befreiung von der Gutachterpflicht auch in der Kombinationsbehandlung von Einzel- und Gruppentherapie gilt, ist derzeit leider noch nicht geklärt aus unserer Sicht - es fehlen noch die Veränderungen in der Psychotherapie-Vereinbarung.

Bis zu einer Klärung empfehlen wir, sich bei der jeweiligen Kasse zu erkundigen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Zi-Praxis-Panel 2019: Teilnahme für ausgewählte Stichprobe bis 31. Januar 2020**

Der DGVT-Berufsverband empfiehlt seinen Mitgliedern, die in die Stichprobe fallen, die Teilnahme an der Erhebung 2019 des Zi-Praxis-Panels. Die Umfrage ist in diesen Tagen gestartet. Die aktuellen Daten aus dem ZiPP 2018 zeigen, dass die Überschussentwicklung von Praxen wieder hinter der Inflationsrate zurückgeblieben ist. Das ZiPP wird also gebraucht, um wieder auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Praxen aufmerksam zu machen. Für die Erhebung 2019 wurden mehr als 55.000 Ärzt*innen- und Psychotherapeut*innen-Praxen angeschrieben und um Teilnahme gebeten. Je größer der Rücklauf, desto aussagefähiger sind die Informationen. Der Erhebungszeitraum läuft bis 31. Januar 2020.

- **eTerminservice für Patient*innen ist online**

Die erste Testversion für den eTerminservice für Patient*innen ist online. Damit setzt die KBV die neuen Vorgaben für die Terminservicestellen (TSS) um. Bald soll es für Patient*innen möglich sein, Termine von Fach- und Hausärzt*innen online zu buchen, die diese zuvor an die TSS ihrer Kassenärztlichen Vereinigung (KV) gemeldet haben. Dafür erhalten Patient*innen einen Vermittlungscode auf der Überweisung ihres Hausärzt*innen, den sie auf der Website eingeben können. Eine andere Möglichkeit ist es jedoch, auch ohne Überweisung zu buchen. Dafür müssen Patient*innen sich auf der Internetseite registrieren und erhalten anschließend ebenfalls einen Vermittlungscode.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **HEK führt elektronische Gesundheitsakte ein**

Die Hanseatische Krankenkasse (HEK) führt die elektronische Gesundheitsakte (eGA) für ihre Kund*innen unter dem Begriff „smarthealth“ ein und erweitert damit die bereits bestehende HEK Service-App. Mit smarthealth bietet die HEK ihren Kund*innen in Form der IBM eGA die Möglichkeit, persönliche Gesundheitsdaten digital an einem Ort mit hohem Sicherheitsniveau zu speichern und selbst zu managen. Der Ausbau von smarthealth um die elektronische Patientenakte ePA soll zum 1. Januar 2021 erfolgen. Der Zugang erfolgt über die HEK Service-App, die Nutzung ist für Kund*innen kostenfrei. Die persönliche Gesundheitsakte smarthealth wird durch IBM bereitgestellt und innerhalb Deutschlands gehostet. Sie bietet Versicherten durch die Verfügbarkeit der individuellen Daten an einem Ort die Chance für bessere Betreuung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Wasem: Ideen für ein modernes Vergütungssystem**
Ein integriertes Vergütungssystem von privatärztlicher und kassenärztlicher Leistungen hält der Gesundheitsökonom Prof. Jürgen Wasem für machbar. „Mit Blick auf Qualität der Versorgung und Zugangsgleichheit der Versicherten“ sei eine solche Reform ein Schritt, den man gehen könnte. Auf dem Bundeskongress der Deutschen Gesellschaft für Integrierte Versorgung stellt er Ideen für ein modernes Vergütungssystem vor.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Kostenerstattung

- **Kassenwatch**
Kolleg*innen, die sich rund um die Psychotherapie in der Kostenerstattung informieren möchten, finden auf der Plattform Kassenwatch (www.kassenwatch.de) folgende aktuelle Themen:
 - IKK classic, Viactiv und BKK Scheufelen erstatten nur 1,0-fachen Satz - Beschwerde-Schreiben und aufsichtsrechtliche Überprüfung laufen.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
 - Selektivverträge - Teilnahme teilweise auch für Nicht-Vertragspsychotherapeut*innen möglich.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
 - Telefonische Ablehnungen, juristische Unterstützung und mehr: Kassenwatch-Blitzumfrage.
Um die Entwicklungen in der Kostenerstattung im Blick zu behalten, hat das Kassenwatch-Team einige Fragen zu aktuellen Themen vorbereitet. Nehmen Sie an unserer kurzen Umfrage teil und teilen Sie Ihre Erfahrungen mit der Kassenwatch-Community! Zur [Umfrage](#).
 Der Kassenwatch-Newsletter kann [hier](#) abonniert werden.

Regionales

- **Baden-Württemberg: Positionspapier Gesundheitsversorgung**
Zentrale Akteure des baden-württembergischen Gesundheitswesens haben sich in einem gemeinsamen Positionspapier verpflichtet, Gesundheitsförderung und Prävention, Rehabilitation, Pflege und Palliativbetreuung sowie medizinische Versorgung in den Praxen und den Kliniken enger miteinander zu verzahnen. Auf einer Sitzung des Sektorenübergreifenden Landesausschusses in Stuttgart haben sich alle Anwesenden dazu bereiterklärt, das Land in diesem wichtigen Vorhaben zu unterstützen. „Es ist auch ein Zeichen nach Berlin, dass bei uns im Land alle Akteure verstanden haben, wie dringend wir sektorenübergreifende Lösungen brauchen, um auch zukünftig eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung sicherstellen zu können“, sagte Sozial- und Integrationsminister Manne Lucha anlässlich der Sitzung des Landesausschusses in Stuttgart.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Reformierte Bedarfsplanung ermöglicht zusätzliche Sitze in Baden-Württemberg**
In Baden-Württemberg dürfen sich künftig mehr Kinder- und Jugendärzt*innen, Nervenärzt*innen, Psychotherapeut*innen und Rheumatolog*innen niederlassen. Das hat die dortige KV jetzt bekannt gegeben. Die neuen Arztsitze sind Folge der überarbeiteten Bedarfsplanung.
Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) hatte die neue Bedarfsplanungsrichtlinie im Sommer dieses Jahres veröffentlicht. Die KV Baden-Württemberg hat nun mit den Krankenkassen im Landesausschuss die neue Arztsitz-Anzahl berechnet. Danach werden für das Land zusätzlich 55,5 Sitze für Nervenärzt*innen, 233,5 Sitze für Psychotherapeut*innen, 46,5 Sitze für Kinder- und Jugendärzt*innen und 18,5 Sitze in der Arztgruppe der Fachinternisten für Rheumatologie ausgewiesen. Teilweise sei aber nur die bisher schon bestehende rechnerische Überversorgung verringert worden, heißt es.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- Bayern: Gesundheitsregionen.plus können künftig für fünf weitere Jahre gefördert werden – Bayerns Gesundheitsministerin: Neue Förderrichtlinie ermöglicht lückenlose Weiterfinanzierung**

Bayerische Kommunen können künftig im Rahmen des Programms "Gesundheitsregionen. plus" fünf zusätzliche Jahre lang finanziell gefördert werden. Darauf hat Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml am 25. Oktober 2019 hingewiesen. Huml betonte: "Es ist wichtig, die erfolgreichen Gesundheitsregionen weiter zu unterstützen. Deshalb freue ich mich sehr, dass nun mit dem Erlass der neuen Förderrichtlinie eine Anschlussförderung bereits bestehender Gesundheitsregionen.plus für fünf weitere Jahre möglich ist. Dafür stehen Haushaltsmittel in Höhe von je 2,7 Mio. Euro für die Jahre 2019 und 2020 zur Verfügung." Das bayerische Gesundheitsministerium fördert seit Anfang 2015 Landkreise und kreisfreie Städte, die sich zu Gesundheitsregionen zusammenschließen, jeweils für fünf Jahre mit bis zu 250.000 Euro je Region. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Bayern: Offener Brief an Landtagspräsidentin Ilse Aigner zu der Erkrankung Depression**

Anfang dieses Jahres reichte eine Gruppe von Münchner Abiturienten, im Rahmen eines Filmprojekts eine Petition mit 42.000 Unterschriften an den Bildungsausschuss des Bayerischen Landtags ein, mit der Forderung über die Erkrankung Depression im schulischen Kontext besser aufzuklären. Daraufhin stellte das Staatsministerium für Bildung und Kultus einen 10-Punkte-Plan zur besseren Aufklärung an Schulen vor. Allerdings wurde keine der vor einem halben Jahr geplanten Initiativen umgesetzt oder überhaupt begonnen. Durch einen Offenen Brief an Landtagspräsidentin Ilse Aigner, der von den Münchner Abiturienten initiiert wurde, wurde Mitte Oktober nochmals starke mediale Aufmerksamkeit auf dieses Thema gelenkt. Auch das Münchner Bündnis gegen Depression e.V. hat den Offenen Brief unterzeichnet.

Den Offenen Brief können Sie [hier](#) lesen. Über den Offenen Brief hat u.a. [die SZ berichtet](#), aber auch [RTL](#) und die [Welt](#).

Ilse Aigner hatte am 22. Oktober 2019 in den Landtag geladen, um mit verschiedenen Teilnehmer*innen über das Thema zu sprechen. Die Veranstaltung ging allerdings ohne konkreten Ausgang zu Ende. Einen Eindruck der Veranstaltung können Sie [hier](#) sehen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Nordrhein-Westfalen investiert 2 Mio. Euro in Telemedizin für ambulante Pflege**

Das Land Nordrhein-Westfalen stellt zwei Mio. Euro für die Förderung der Telemedizin im ambulanten Bereich zur Verfügung. Gemeinsam mit den KVen und den Hausärzteverbänden sowie unter Einbindung der Krankenkassen hat das Land ein Förderprogramm entwickelt, mit dem Arztpraxen, Pflegeheime, ambulante Pflegedienste und Hospize die Förderung technischer Telemedizin-Komponenten und eHealth-Fortbildungen beantragen können. Gefördert wird zum Beispiel technische Infrastruktur für die Durchführung von Telekonsilen (Arzt-Arzt-Gespräche), von Videosprechstunden zwischen Ärzt*innen und Patient*innen, zur telemedizinisch gestützten Delegation oder zur elektronischen Visite in der Pflege. Zahlreiche Fortbildungen im Bereich Telematik und Telemedizin sowie die Fortbildungen zur Entlastenden Versorgungsassistent*in (EVA) oder zur Versorgungsassistent*in in der Hausarztpraxis (VERAH) sind ebenfalls zuwendungsfähig. Die Förderanträge können bis zum 16. Februar 2020 gestellt werden. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Sachsen-Anhalt will psychiatrische Versorgung verbessern**

In Sachsen-Anhalt ist mehr als ein Drittel der Bevölkerung von psychischen Erkrankungen betroffen. Das geht aus einer Bestandsanalyse zur Psychiatrischen Versorgung in Sachsen-Anhalt hervor, die das sachsen-anhaltinische Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration vorgestellt hat. Sie enthält eine detaillierte Übersicht der psychiatrischen Strukturen in Sachsen-Anhalt mit den notwendigen Handlungsbedarfen zu deren Weiterentwicklung. Das Hilfenetz, das Betroffene in Anspruch nehmen können, ist demnach regional sehr unterschiedlich eng geknüpft. Es gebe wenig niedrigschwellige Angebote und vergleichsweise wenig regionale Koordination und Steuerung. Die Sozialministerin Petra Grimm-Benne fordert kommunale Psychiatrieplanung insbesondere in den Landkreisen, um Angebote besser aufeinander abzustimmen, Teilhabe Betroffener zu fördern und Selbsthilfe zu unterstützen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Termine – DGVT-Fortbildung

- **Schwierige Situationen in der Paartherapie**
10.-11.01.2020 in Berlin
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **„Ich lieb‘ Dich... ich lieb‘ Dich nicht... ich lieb‘ Dich...“,
Vertrauensbildung, wenn Bindung (noch) kein sicherer Hafen ist**
10.-12.01.2020 in Frankfurt am Main
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **KIKOS 3: Lösungsorientierte Kooperation**
17.-18.01.2020 in Berlin
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Beratung und Therapie bei frühkindlichen Regulationsstörungen**
01.-02.02.2020 in Bottrop
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Das kommt mir Spanisch vor! Besonderheiten in der Therapie von Patient*innen
mit Migrationshintergrund**
07.-08.02.2020 in Stuttgart
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Posttraumatische Verbitterungsstörung und Weisheitstherapie –
Die Behandlung von Anpassungsstörungen nach Ärger und Kränkungen**
14.-15.02.2020 in Frankfurt am Main
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Affären und Außenbeziehungen als Thema in der Paartherapie**
06.-07.03.2020 in Berlin
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Schematherapie – Einführungsworkshop**
06.-07.03.2020 in Potsdam
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Psychopharmakologie**
07.03.2020 in Hannover
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Spieltherapeutische Interventionen in der Verhaltenstherapie**
Start der Reihe: 13.03.2020 in Reutlingen
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Akzeptanz- und Commitment-Therapie (ACT) in der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie
– Aufbau**
20.-21.03.2020 in Frankfurt am Main
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Ich lade Dich ein in meine Welt – Verhaltenstherapie für Menschen mit Intelligenzminderung**
28.03.2020 in Frankfurt am Main
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Akzeptanz- und Commitment Therapie (ACT) – Aufbau**
18.-19.04.2020 in Potsdam
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Es gibt immer einen der mehr will... Wenn es keine Lösung zu geben scheint**
24.-25.04.2020 in Berlin
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Akzeptanz- und Commitment Therapie (ACT) – Einführung**
08.-09.05.2020 in Stuttgart
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Psychotherapie von Menschen mit Körper- und Sinnesbehinderung**
09.05.2020 in Stuttgart
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Impact Therapy**
09.-10.05.2020 in Hamburg
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Paartherapie Fallseminar „Schwerpunkt Affären/Konfrontation“**
15.-16.05.2020 in Berlin
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Akzeptanz- und Commitment Therapie und japanische Kampfkunst**
16.-17.05.2020 in Potsdam
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Neurobiologie (der PTBS) und theoretische Grundlagen**
16.-17.05.2020 in München
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Hoch- und Höchstbegabung: Herausforderungen und Lösungen außerhalb der Norm**
05.-06.06.2020 in Frankfurt am Main
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Das Schweigen der Paare. Intimität und Nähe in Langzeitbeziehungen**
19.-20.06.2020 in Berlin
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **ACT – Einführung und Anwendung**
Start der Reihe: 26.09.2020 in Dresden
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Termine – DGVT-BV-Fortbildung

- **Abrechnung nach dem Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM) für PP (Webinar)**
06.02.2020, online über die Plattform "clickmeeting"
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Abrechnung nach dem Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM) für KJP (Webinar)**
04.03.2020, online über die Plattform "clickmeeting"
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Abrechnung nach der Gebührenordnung für Psychotherapeuten (GOP) für PP (Webinar)**
05.03.2020, online über die Plattform "clickmeeting"
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Abrechnung nach der Gebührenordnung für Psychotherapeuten (GOP) für KJP (Webinar)**
01.04.2020, online über die Plattform "clickmeeting"
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Basics der Abrechnung – leicht erklärt für PP und KJP (Webinar)**
30.04.2020, online über die Plattform "clickmeeting"
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Online-Therapie und -Beratung**
14.-15.11.2020 in Düsseldorf
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Wirtschaftliche Praxisführung**
27.-28.11.2020 in Frankfurt am Main
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Termine – Tagungen

- **22. DGVT-Workshoptagung**
Change it – Veränderungsprozesse in der Psychotherapie
26.-28.03.2020 in Köln
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **9. Sommerakademie der DGVT Fort- und Weiterbildung**
Mit den passenden Worten
18.-20.06.2020 in Rostock-Warnemünde
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Interaktive Fortbildung

Kommen Sie Ihrer Fortbildungsverpflichtung flexibel und zeitsparend mit der [Interaktiven Fortbildung](#) nach.

Online Fachartikel lesen und Fortbildungspunkte bei erfolgreicher Lernerfolgskontrolle (Multiple Choice-Fragen) erhalten.

- **Cognitive Processing Therapy zur Behandlung der Posttraumatischen Belastungsstörung**
Julia König und Rita Rosner
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Geistige Entwicklung des Menschen im Lichte der kritisch-philosophischen Auseinandersetzungen mit den Fragen der Religion, Spiritualität und Psychotherapie**
Tatjana Jungblut
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Psychotherapie mit hochbegabten Erwachsenen (nur noch bis zum 31.12.19 bearbeitbar)**
Christina Heil
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Termine der Landesgruppen

- **Bayern**
Vortrag „Das neue Psychotherapeutengesetz: Was ändert sich, was bleibt?“ (Heiner Vogel) am Dienstag, 10. Dezember 2019 von 18.00 Uhr – 19.30 Uhr (bei Bedarf länger) im DGVT-Ausbildungszentrum, Candidplatz 9, 81543 München. Danach Versammlung der bayrischen DGVT-Mitglieder. Eine detaillierte Einladung mit Informationen zur Anmeldung finden Sie [hier](#).
- **Hamburg**
Das quartalsmäßige Treffen für DGVT-Mitglieder findet am Montag, 24. Februar 2020 um 19.00 Uhr im DGVT-Ausbildungszentrum, Seewartenstr. 10, Raum Tübingen statt. Eine detaillierte Einladung folgt.
- **Niedersachsen**
Ankündigung regionaler Stammtische der Liste „VT in Kooperation“: In Niedersachsen stehen im Februar/März 2020 die Kammerwahlen an. Kandidat*innen der DGVT-Liste „VT in Kooperation“ bieten im Laufe des Januars an verschiedenen Orten in Niedersachsen regionale Stammtische an. Im Rahmen dieser Stammtische besteht die Möglichkeit, mit den Kandidat*innen ins Gespräch zu kommen und Fragen zu stellen. Zu den regionalen Stammtischen sind alle Interessierten herzlich eingeladen, die Termine werden demnächst bekannt gegeben.